

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 13 vom 25. März 2004

Der Petitionsausschuss hat am 25. März 2004 die nachstehend aufgeführten sechs Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuss bittet, die Stadtbürgerschaft möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

Brigitte Sauer
(Vorsitzende)

Der Ausschuss bittet, folgende Eingabe für erledigt zu erklären, da sie nicht abhilfefähig ist:

Eingabe-Nr.: S 16/67

Gegenstand: Beschwerde über Polizeibeamte

Begründung: Der Petent beschwert sich über das Verhalten mehrerer Polizeibeamter im Zusammenhang mit der Entziehung seiner Fahrerlaubnis.

Der Petitionsausschuss hat eine Stellungnahme des Senators für Inneres und Sport zu den gegen verschiedene Polizeibeamte vorgebrachten Vorwürfen eingeholt. Ein Fehlverhalten der betroffenen Beamten vermag der Petitionsausschuss jedoch nicht zu erkennen. Der Petent hat die Ursache für die Entziehung der Fahrerlaubnis und die spätere Versagung der Erteilung einer neuen Fahrerlaubnis durch mehrere Straftaten selbst gesetzt.

Der Ausschuss bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären:

Eingabe-Nr.: S 15/294

Gegenstand: Einwendungen gegen Planungsabsichten

Begründung: Die Petentin wendet sich gegen die geplante Bebauung zweier Gebiete.

Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr hat dazu mitgeteilt, die ursprünglich vorgesehene Umwandlung einer Spielplatzfläche in ein Wohngebiet werde nicht weiter verfolgt. Der geltende Bebauungsplan solle nicht geändert werden.

Bezüglich der vorgesehenen Umplanung einer Sportfläche hat der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr mitgeteilt, der Planaufstellungsbeschluss sei mittlerweile aufgehoben worden. Ob und wie dieses Gebiet mittel- bis langfristig weiterentwickelt werden solle, werde zurzeit geklärt.

Eingabe-Nr.: S 15/333

Gegenstand: Aufenthaltsregelung

Begründung: Die Petenten bemühen sich um eine Aufenthaltsregelung, weil sie einen nahen Angehörigen, der in Deutschland lebt, pflegen.

Der Senator für Inneres und Sport hat mitgeteilt, in dem Fall der Petenten liege ein Abschiebungshindernis vor. Den Petenten sei eine

auf mehrere Monate befristete Duldung erteilt worden. Ihnen könne eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden, wenn sie den Nachweis erbringen würden, dass die sonstigen Voraussetzungen vorliegen.

Eingabe-Nr.: S 15/393

Gegenstand: Straßenausbau

Begründung: Der Petent wendet sich gegen einen ursprünglich geplanten Straßenausbau, mit dem mehrere Stadtteile verbunden werden sollten.

Die Planung wird nicht mehr weiterverfolgt. Zurzeit ist lediglich vorgesehen, den vorhandenen Straßenausbau zu verlängern, damit so die Erschließung eines geplanten Wohngebietes gesichert wird.

Eingabe-Nr.: S 16/57

Gegenstand: Auskunftserteilung

Begründung: Auf die Bitte der Petentin, ihr ein Passfoto ihres verstorbenen Vaters aus dem Melderegister zu überlassen, hat der Senator für Inneres und Sport den Vorgang nochmals überprüft und eine Möglichkeit gefunden, dem Wunsch der Petentin zu entsprechen. Alles Weitere wird zwischen der Meldebehörde und der Petentin unmittelbar geregelt.

Eingabe-Nr.: S 16/60

Gegenstand: Beschwerde über Verkehrslärm

Begründung: Der Petent beschwert sich über Verkehrslärm und bittet darum zu prüfen, ob geeignete Maßnahmen zur Lärmreduzierung getroffen werden können.

Auf die Petition hin hat der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr den Straßenzustand überprüft. Dabei hat er festgestellt, dass im Pflasterbereich Mängel vorhanden sind, die für die Anwohner/-innen zu besonderen Lärmbelastungen führen. Er hat zugesagt, den für die Sanierung dieses Straßenbereiches erforderlichen Betrag in die Haushaltsplanung für 2005 einzubringen, so dass nach Beschlussfassung durch die parlamentarischen Gremien die Baumaßnahme durchgeführt werden kann.

Der Ausschuss bittet, folgende Eingabe zuständigkeithalber dem Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtages zuzuleiten:

Eingabe-Nr.: S 16/67

Gegenstand: Wiedererteilung der Fahrerlaubnis

Begründung: Da der Petent nach Niedersachsen verzogen und die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis Angelegenheit der nunmehr örtlich zuständigen Behörde ist, ist sie der parlamentarischen Kontrolle des Bremischen Petitionsausschusses entzogen. Der Vorgang ist insoweit zuständigkeithalber dem niedersächsischen Landtag zuzuleiten.